

## **Interpellation Nr. 2 (Februar 2003)**

betreffend Stellenabbau bei der Swisscom

Bekanntlich will die Swisscom bis Ende dieses Jahres 1'050 Arbeitsstellen ersatzlos streichen. In der Region Basel betrifft dies von 480 noch existierenden Stellen mutmasslich deren rund 80, oder in Prozenten ausgedrückt 17%.

Die Genfer Regierung überlegt sich aufgrund dieses Stellenabbaus als Grosskundin der Swisscom einen Wechsel zur Konkurrenz. Im Rahmen der Konferenz der Westschweizer Kantonsregierungen schliessen sich möglicherweise weitere Kantone dieser Drohung an, um die Swisscom dazu zu bringen, ihre soziale Verantwortung – die Swisscom ist immerhin noch mehrheitlich im Besitz des Bundes – zu überdenken und wahrzunehmen. Sodann übt der Zürcher Stadtrat harsche Kritik an der Stellenreduktion.

Auch der Kanton Basel-Stadt respektive die Kantonsverwaltung ist Kunde der Swisscom. Dies veranlasst mich, den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen zu bitten:

1. In welchem finanziellem Umfang bezieht der Kanton Basel-Stadt Leistungen der Swisscom?
2. Ist der Regierungsrat bereit und willens seine Geschäftsbeziehungen zur Swisscom zu überprüfen und analog oder zusammen mit der Genfer Regierung und allenfalls den Regierungen anderer Kantone geeignete Massnahmen zu ergreifen, um die Swisscom zum Überdenken des Stellenabbaus und ihrer sozialen Verantwortung gegenüber den Kantonen zu bringen?
3. Besitzt der Kanton Basel-Stadt Swisscom-Aktien?
4. Falls ja, nimmt er als Aktionär Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Swisscom und wie hat er sich in der angesprochenen Angelegenheit insbesondere und i.S. Stellenabbau allgemein verhalten und welche künftigen Perspektiven einer Einflussnahme sieht er?

E. Jost